

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 4. März 1927. 78
Zweite Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 4. März 1927.

Die Sitzung wird von Bürgermeister Seitz nach fünf Uhr eröffnet. Es ist ein christlichsozialer Dringlichkeitsantrag eingelangt, in dem die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Gebarung der Krankenfürsorgeanstalt der städtischen Bediensteten verlangt wird. Dieser Ausschuss soll innerhalb von vier Wochen über seine Arbeit den Gemeinderat berichten. Ueber den Antrag wird am Schluss der Sitzung beraten werden. Von den 24 Tagesordnungspunkten werden 18 ohne Wortmeldung genehmigt. Darunter sind Anträge der Gemeinderäte Thaller auf Subventionierung der Aktion "Selbsthilfe für Wiener Bildhauer", für das technologische Gewerbemuseum, für die Studentenfürsorge der medizinischen Fakultät und für das Invalidenbad am Gändehäufel. Auf Antrag des Gemeinderates Iser wird eine Zuleitung für den Wasserbehälter "Schmelz" genehmigt; die Baukosten betragen 400.000 Schilling. Der Bau eines elfhundert Meter langen Hauptverteilungsrohrstranges in der Simmeringer Hauptstrasse mit einem Kostenaufwand von 340.000 Schilling wird ebenfalls genehmigt. Auf Antrag des Gemeinderates Schneider wird der Neubau eines Hauptkanals in Simmering (Meichlstrasse von der Kopalgasse bis zum Simonigplatz) beschlossen; Kostenaufwand 60.000 Schilling. Die Anträge des Stadtrates Siegel auf Ausgestaltung des städtischen Ziegelwerkes in Oberlaa und auf Errichtung von Wohnhausanlagen durch die Gemeinde auf der Landstrasse (Kunngasse) und in Ottakring (Brüsslgasse) werden angenommen. Der Antrag des Gemeinderates Weigl ein Uebereinkommen mit der Wiener Messe über den gemeinsamen Betrieb eines Zeiss-Planetariums abzuschliessen, wird genehmigt. Für diese Beteiligung wird ein Kredit von 100.000 Schilling bewilligt.

Gemeinderat Grünfeld (Soz. Dem.) berichtet über bauliche Umgestaltungen in Verwaltungsgebäude des Wiener Zentralfriedhofes. Das Gebäude wurde im Jahre 1907 errichtet. Heute erweist sich die Anlage als unzureichend. Es fehlt unter anderem ein grösserer Warteraum für die Parteien. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, sind eben die baulichen Umgestaltungen notwendig.

Gemeinderat Lehninger (chr. Dem.) erklärt, dass gegen den Antrag nichts einzuwenden ist. Er macht aber darauf aufmerksam, dass die neue Einsegnungshalle beim dritten Tor nicht ihren Zwecken entspricht. Es sind dort sechs Aufbahrungsräume, die alle in einen Mittelgang münden. Dieser Mittelgang ist selbstverständlich für die Menge der Leidtragenden zu klein. Auch fehlt bis heute noch eine Orgel in der Einsegnungshalle der alten Aufbahrungshalle. Eine Orgelaufstellung wäre dringend notwendig. Ebenso wäre auch eine bessere Instandhaltung der Wege auf dem Zentralfriedhof äusserst wünschenswert.

Gemeinderat Grünfeld erwidert auf die Wünsche des Gemeinderates Lehninger, dass die gewünschte Orgel in einigen Wochen aufzu-

Gemeinderat Müller (chr. soz.) führt über den Personalmangel auf den Friedhöfen Beschwerde. Auf dem Südwestfriedhof, wo täglich zehn bis fünfzehn Leichen beerdigt werden, versieht nur ein Angestellter den Dienst. Auf demselben Friedhof befindet sich auch in der Aufbahrungshalle kein Warteraum. Die Schaffung eines solchen wäre dringend notwendig. Es wird auch allgemein darüber Beschwerde geführt, dass im Sommer auf dem Friedhof ein penetranter Leichengestank ist, weil für die Leichen kein Kühlraum vorhanden ist. Einen solchen zu bauen wäre ebenfalls dringend geboten und auch die Herstellung von bequemen Zufahrtsstrassen und Zugangswegen

stellt werden wird. Was die Instandhaltung der Wege betrifft, so werden auch heuer wieder die Wege geteert und ausgebessert.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Gemeinderat Grünfeld ersucht weiters um die Genehmigung von Zuschusskrediten im Betrage von 399.650 Schilling für den Betrieb der Wiener Gemeindefriedhöfe. Die Zuschusskredite sind dadurch notwendig geworden, weil durch die Einstellung einer grösseren Zahl von Saisonarbeitern mehr Löhne und Gehälter ausgezahlt werden mussten und auch eine erhöhte Instandsetzung von Wegen und Strassen auf den Friedhöfen grössere Summen benötigte.

G.R. Grünfeld entgegnet, dass die meisten vorgebrachten Wünsche entweder schon erfüllt sind oder in Bälde erfüllt werden werden.

G.R. Hies beantragt dem Deutschösterreichischen Bühnenverein eine Subvention von 25.000 Schilling zu bewilligen. Infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise sei auch der Bühnenverein in eine finanziell schwierige Lage geraten, die von ihm veranstalteten Feste werfen kein nennenswertes Reinertrügnis mehr ab und so könne er seiner Aufgabe, notleidenden Künstlern zu helfen, nur in ungenügender Masse gerecht werden. Aus diesem Grunde ersuchte der Verein um eine Erhöhung der Subvention, die im Vorjahre 20.000 Schilling betragen hat.

G.R. Rummelhardt (chr. soz.) ist mit der Subventionierung des Bühnenvereins ansich einverstanden, doch sollte sich die Gemeinde nicht damit begnügen, Unterstützungen zu geben, sondern den Ursachen der Notlage auf den Grund zu kommen, wie wird dann erkennen, dass diese Notlage durch das unerhörte städtische Steuersystem verschuldet worden ist. Ausser den Staatstheatern seien heute nur noch das Volkstheater und das Theater an der Wien in der Lage ihren Betrieb fortzuführen, alle anderen Bühnen hängen in der Luft. Die Gemeindeverwaltung habe durch die Lustbarkeitsabgabe das Wiener Theaterwesen systematisch zugrunde gerichtet. Für die Volksoper hatte die Gemeinde kein Geld, es findet sich auch deswegen kein Pächter weil niemand die Steuerschulden von zwei Milliarden übernehmen will. Die Volksoper wird nach dieser Saison in sich zusammenbrechen, denn der gegenwärtige Zustand, dass das Personal auf eigene Rechnung spielt, ist auf die Dauer unhaltbar. Die Gemeinde sieht aber untätig zu. Sie schämt sich nicht, jetzt mit einem Betrag all diese Not all dieses Elend bezahlen zu wollen und spielt den Bühnenverein mit einem Almosen ab. Wenn die Subvention wirkliche Hilfe bringen soll, so müsste sie mindestens verdoppelt werden. Und dann werde sich die Gemeinde entschliessen müssen eine ganz andere Art der Theater und Kunstförderung zu betreiben, sie muss ihr Steuersystem ändern, sonst wird es ihr nicht gelingen die von ihr zu Boden getretene Kunst wieder aufzurichten.

G.R. Angerer (chr. soz.) spricht in ähnlichem Sinne. Die städtische Steuerpolitik wirke ruineus, darüber täuschen auch nicht die Schlagworte hinweg, welcher sich die Sozialdemokraten neuestens bedienen, wenn sie mit der Gegenüberstellung "Nachtlokal-oder Fürsorge" operieren. Redner spricht eingehend über die Wirkungen der Lustbarkeitsabgabe und schliesst: Erst macht man die Leute zu Bettlern, dann schenkt man ihnen wie im vorliegenden Fall ein Almosen. Nehmen Sie den Bühnenleuten nicht das Brot weg, machen Sie es möglich, dass die Theaterunternehmungen bestehen. Wir werden uns weder durch Wahlschläger noch durch Terror einschüchtern lassen und gegen den Eigensinn und die Verblendung eines Einzelnen ankämpfen, der die ganze Wirtschaft an den Bettelstab bringt.

G.R. Hies erwidert in seinem Schlusswort, man müsse auf die

Tatsache verweisen, dass in Wien trotz der ungeheuren Wirtschaftskrise die Zahl der Theater gegenüber der Vorkriegszeit um zwei zugenommen, dass sich die Kinos sehr vermehrt haben, dass der Sport grosse Massen an sich zieht die früher teilweise Theater besucht haben. Wir besteuern die Sprechtheater mit fünf Prozent, die österreichische Bundesregierung aber besteuert Brot und Mehl mit sieben Prozent und selbst den Arbeitslosen verteuert sie durch die neuen Zölle das Brot und das Fleisch. (Lärmende Zwischenrufe der Christlichsozialen). Wenn man anklagt muss man die wirklich Schuldigen anklagen. Stadtrat Breitner hat wiederholt erklärt, auf gewisse Steuern zu verzichten, wenn die Warenumsatzsteuer aufgehoben wird. Diese Warenumsatzsteuer lastet auf allen Konsumartikeln.

G.R. Angermayer: Und die Hälfte nehmen Sie davon! Bei Ihnen kommt die Warenumsatzsteuer noch im Tode in Betracht.

G.R. Hiess: Das kommt nur bei Bankdirektoren nach dem Tode vor! Auf den Bänken der Minderheit erregt diese Zwischenwirkung grossen Unwillen. Gemeinderat Angermayer ruft, er müsse sich solche persönliche Bemerkungen vom Referenten nicht aus entscheiden erbitten. Gemeinderat Doppler: Der Referent weiss nicht wie er sich benehmen hat, das ist eine Perfidie.

G.R. Hiess Die Christlichsozialen und ihre Regierung haben durch ihre Wirtschaftspolitik, die sie im Bunde treiben, we mehr zur Wirtschaftskrise beigetragen.

G.R. Biber (chr. soz.) Das verstehen Sie nicht. Der Breitner ist ein Weltskandal!

G.R. Hiess: Wir haben die Hoffnung, dass die Bevölkerung bei den kommenden Wahlen erkennen werde, wo ihre Freunde und wo ihre Feinde stehen. Dem Antrag bitte ich zuzustimmen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen, und der Antrag Rummelhardt auf Verdoppelung der Subvention abgelehnt.

Stadtrat Siegel referiert über die Errichtung eines städtischen Wohnhausbaues im dritten Bezirk, Kardinal-Naglplatz. Der Bau kostet 2.400.000 Schilling und wird 151 Wohnungen enthalten.

Stadtrat Kunschak erklärt, schon wiederholt zu der Tatsache Stellung genommen zu haben, dass die Gemeinde Wien teuer baue. Eine Ursache hierfür ist, dass nicht rationell gebaut wird. Das Projekt für den Wohnhausbau auf dem Kardinal-Naglplatz ist dafür ein typisches Beispiel. In einem kleinen Hof wird ein Annexbau aufgeführt, der lieber schon aus hygienischen Gründen unterbleiben möge. Es wird nämlich ein fünfstockhoher Trakt in dem Hof aufgeführt mit einer eigenen Stiege. An dieser Stiege liegen in jedem Stockwerk zwei Wohnungen bestehend aus einem Einzelzimmer und einer Abortanlage. Die Wohnungen nehmen zwei Drittel der Fläche in Anspruch, die Stiege allein ein Drittel der Baufläche. Das ist schon mehr als ein fünfteliger Aufwand, der da mit einem Stiegenhaus getrieben wird. Das ist eine Vergeudung von Gemeindegeldern. Dem Riesenaufwand für das Stiegenhaus steht ein Nichts für Wohnungen gegenüber. Für diese Vergeudung von Gemeindegeldern müssen die Invaliden und die armen Pfründner die Wohnbausteuer zahlen. Wenn man dies bedenkt, so muss man sagen, dass man da von keiner Verschwendung des Geldes mehr sprechen kann, sondern von einem Verbrechen, das an den Steuerträgern begangen wird. Ich hoffe, dass Stadtrat Siegel aus eigenem den Bau dieses Traktes, der den Wohnparteien nur Luft und Sonne wegnehmen würde, verhindern werde. Sollte das nicht geschehen, so will ich den Antrag gestellt haben, diesen Trakt nicht aufzuführen.

Ich will nun einige grundsätzliche Fragen des Wohnhausbaues und der Finanzierung besprechen. Wir haben schon bei der Beratung des Veranschlagtes die Aufnahme einer Wohnbauanleihe vorgeschlagen. Wir verzeichnen in Wien jetzt den höchsten Stand der Arbeitslosigkeit. Er ist höher als in den bittersten Zeiten nach dem Zusammenbruch. Man kann doch an dieser Tatsache nicht mehr vorbeigehen, sondern muss sich die Frage vorlegen wie man dieser Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken vermag. Legt man sich diese Frage vor, dann darf man mit papageienhaften Loselachs, mit dem Hinweis auf die Zölle, nicht kommen. (Beifall bei den Christlichsozialen) Der meist angefeindete Zoll ist bekanntlich der Mehlszoll. Aber Sie selbst haben erklärt, dass dieser Zoll als Schutzzoll eingehoben wird.

Gemeinderat Rummelhardt (chr. soz.): Für die sozialdemokratischen Mühlenarbeiter!

Stadtrat Kunschak: Ich will mich nicht näher damit befassen, sondern mit der Frage ob die Gemeinde ihre Bautätigkeit so wie bisher fortsetzen soll und ob die Finanzierung weiter aus Steuergeldern zu geschehen hat. Da müssen wir sagen, die Verhältnisse sind wech, dass wir mit der bisherigen Methode ein Ende machen. (Beifall bei den Christlichsozialen). Wenn wir uns dazu entschliessen, sind wir ohnehin die letzte Gemeinde; alle anderen sind uns längst schon vorausgegangen. Es wirkt tragisch und komisch, wenn man sieht, wie hier von der Gemeinderatsmehrheit festgehalten wird, an dem Grundsatz der städtischen Bauten und an der Finanzierung durch Steuererträge. Wenn man nun erfährt, dass eines der angesehensten Institute der Gemeinde, das dem bestimmenden Einfluss des Finanzreferenten unterstellt ist, die Zentralsparkasse, sich entschliesst, die Wiener Spargelder in der Form einer Wohnbauanleihe der Stadt Linz zur Verfügung zu stellen, die Stadt aber diese Anleihe nur zu einem Teil für städtische Bauten, zum grössten Teil aber für die Subventionierung privater Bauten verwendet, so berührt uns das sehr empfindlich. Wir Wiener müssen unsere Häuser aus den blutig erpressten Steuergeldern bauen, in Linz werden die Häuser aus den Spargeldern der Wiener errichtet. Der Gedanke, die Wohnbauanleihe zu übernehmen, ist in Linz von der sozialdemokratischen Partei ausgegangen und auch der Gedanke, mit diesem ausgeborgten Geld nicht ausschliesslich städtische Bauten aufzuführen, sondern die private Bautätigkeit zu fördern fand die Unterstützung der sozialdemokratischen Mitglieder des Linzer Gemeinderates. Wenn man solche Sachen sieht, so muss man sagen, dass das sehr stark im Widerspruch mit Ihrer Haltung hier steht. Linz ist aber nicht der einzige Fall. Die Zentralsparkasse hat grosse Summen den Städten Graz, St. Pölten und Wiener Neustadt gegeben. Es ist auf die Dauer wirklich nicht auszuhalten, dass wir hier aus Steuergeldern bauen und das Geld der Wiener in andere Städte zur Förderung des privaten Wohnhausbaues geht. Wir sind nicht dagegen, wenn die Zentralsparkasse überschüssige Gelder an öffentliche Körperschaften verleiht. Worauf ich verweise, ist nur der schreiende Gegensatz, der zwischen der Finanzierung des Wohnhausbaues in Wien und in anderen Städten besteht.

Nun wissen wir, dass in Deutschland schon alle sich vom städtischen Wohnhausbau abgewendet hat. Man hat dort erklärt, dass der

bau städtischer Häuser kein Weg sei, um rationell und erfolgreich der Wohnungsnot entgegenzutreten. Am zweiten Juli 1926 hat der preussische Landtag ein Gesetz beschlossen, das grosse Summen für die Gewährung von Hypothekendarlehen für Wohnungsbauten im Jahre 1927 festlegt. Nicht einen lukerten Reichspfennig geben die Preussen für die öffentliche Bautätigkeit aus. Im preussischen Landtag sind nicht die Christlichsozialen entscheidend. Wohl ist der Minister für Wohlfahrtspflege, der diese Wohnbaupolitik führt, ein christlicher Gewerkschafter. Aber die Sozialdemokraten haben dort massgebenden Einfluss. Der preussische Landtag hat beschlossen, Anleihen aufzunehmen, die nur dazu dienen, um Hypothekarkredite für den Anleihen aufzunehmen, die für die Gewährung von Hypothekarkrediten an Private für ihre Bauten bestimmt sind. Es wurde festgesetzt, dass alle Neubauten, wo die wirtschaftliche Bauweise angewendet wird, solche Kredite erhalten. Ja der private Bauführer bekommt sogar diese verbilligten Darlehen, wenn er in unverbautem Gebiet baut, vorausgesetzt, dass die Aufschliessung nicht zu kostspielig ist. Das hat eine grosse Wirkung auf den privaten Kredit überhaupt ausgewirkt. Seit dieser Zeit beschäftigen sich die Banken mit der Gewährung von Hypothekendarlehen. Vierzig Prozent der Darlehen werden bereits von diesen Institutionen gegeben, wenn die Gemeinde eine Bürgschaft übernimmt, geben die Banken sogar sechzig Prozent auf den ersten Satz. Wie gründlich das durchgeführt wird, geht daraus hervor, dass diesem Bauherren auch Zwischenkredite gegeben werden. Diese Zwischenhypothekarkredite betragen 56 Millionen Reichsmark, oder 95.2 Millionen Schilling. Diese ungeheure Summe hat der preussische Landtag im vergangenen Jahr zur Verfügung gestellt. Aus der Konstruktion der ersten Hypothek und der Sicherung durch öffentliche Kredite, sieht man schon, zu welchen feinen und grundsätzlichen System dort die Förderung der privaten Bautätigkeit ausgebildet ist. Die Gemeinde Wien gibt ja auch den Siedlungsgenossenschaften, freilich in lächerlichem Umfang, Kredite. Hier sind aber die Siedler nur Mieter. Nach dreissig Jahren geht das Haus in das Eigentum der Gemeinde über. Die Bestimmungen über das Eigentumsrecht in Preussen sind natürlich vollständig anders. Das Gebäude und das Eigentumsrecht verbleiben dem Erbauer. Er kann sogar das Gebäude gänzlich vermieten und verkaufen. Der Verkauf ist nur an die Einschränkung gebunden, dass der Käufer ein Angestellter des preussischen öffentlichen Dienstes sein muss. Dadurch ist der Anreiz gegeben, weil man weiss, dass man der Herr über das ist, was man sich selber erworben hat. Am 14. Oktober 1926 hat der preussische Landtag noch einen weiteren Schritt auf diesem Gebiet getan. Auf Grund der Erfahrung, dass es Leute gibt, die mit der ersten Hypothek nicht bauen können, wurde eine zweite Hypothek geschaffen. Das Ministerium wurde vom Landtag beauftragt, ein verstärktes Wohnungsbauprogramm mit zweiten Hypotheken auszuarbeiten. Dieser Beschluss ist noch nicht zur Gänze durchgeführt und schon wurde festgelegt, achtzig Millionen Reichsmark, das sind 116 Millionen Schilling, als Anleihe für diesen Zweck aufzunehmen. Verzinsung und Amortisation erfolgen aus Steuereinnahmen. Die Resultate sind wirklich grossartig. Vom 1. Oktober 1925 bis 30. September 1926 wurden 117.000 neue Wohnungen hergestellt und im Kalenderjahr 1926 waren es 130.000. (Hört! Hört! Kolossal!) Von diesen 130.000 Wohnungen wurden 18.000 ohne jedwede Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gebaut, weil die Banken sich dem Hypothekarkredit zugewendet haben. Interessant ist auch die Entwicklung des Zinsfusses als Folge dieser Wohnungspolitik. Er ist von zwölf auf fünf Prozent gesunken. Es hat also, der preussische Arbeiter

der sich ein Eigenhaus bauen will, einen Bankkredit von fünf Prozent zur Verfügung. Das sind Methoden, die das Wohnungsproblem rasch und zielführend lösen. Wir müssen deshalb bei dieser Gelegenheit wieder sagen, es ist höchste Zeit, dass die Gemeinde Wien von ihrer Methode sich abwendet. Es muss gesagt werden, dass von diesen 130.000 Wohnungen nicht eine einzige in einer Mietkaserne liegt. Es sind also Kleinhäuser und Einfamilienhäuser, die hier durch die private Bautätigkeit geschaffen wurde. Es hat sich dort gezeigt, dass die private Wohnbauweise in ihrer baupolitischen Begabung der der Gemeinde Wien weit über ist. (Beifall bei den Christlichsozialen). Dabei muss betont werden, dass dieser wohnungspolitische Erfolg erzielt worden ist ohne die Steuerlast übermässig in Anspruch zu nehmen. Diese 130.000 Wohnungen sind erzielt worden durch die Beistellung einer Riesensumme von privaten Bankkrediten, die die Öffentlichkeit überhaupt nicht belasten. Man rechnet im Durchschnitt, dass diese 130.000 Wohnungen zu dreissig Prozent aus privatem Kapital gebaut wurden. Bei uns ergibt sich, dass 105 Millionen Schilling im Jahr verbaut werden, von denen nur 35 Millionen aus der Wohnbausteuer kommen, während die restlichen 70 Millionen aus den laufenden Einnahmen herausgeholt werden. Wenn Sie für den Wohnhausbau eine Anleihe aufnehmen, dann können Sie auch die hungernden Schauspieler unterstützen, weil sie dann über so viel Geld verfügen, dass Sie es den Schichten, die Sie zugrunde gerichtet haben, reichlich geben können. Gehen Sie endlich ein auf das bewährte System der Finanzierung des Wohnhausbaues aus Anleihen und hören Sie auf, die Mittel hierfür aus einem verbluteten Wirtschaftsleben nur ein borniertes und verkrüppeltes Gemüt kann die in Preussen gemachten Erfahrungen übersehen. Im Uebrigen muss mit dem volkswirtschaftlich vernichtenden System der Wohnhausbauten aus Steuergeldern gebrochen werden und muss zu dem System der Finanzierung des Wohnhausbaues durch Anleihen geschritten werden, wenn nicht in sadistischer Entartung des Befühls und des Gemüts die Bevölkerung zugrunde gerichtet werden soll. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

G.R. Siegel erklärt in seinem Schlusswort, ein Blick auf den Plan lehre, dass die Anlage von zwei Höfen gedacht ist, eines Haupthofes von 1800 Quadratmeter Flächenraum und eines Nebenhofes von 120 Quadratmeter Fläche. Wenn man damit die Höfe von Nachbarhäusern vergleiche, so komme man zu dem Resultat, dass es in ganz Wien kein Privathaus gibt, das einanderart grossen Hof aufzuweisen hat. Die Darlegungen über preussische Wohnungsverhältnisse haben eine Kleinigkeit zur Voraussetzung. Die Uebervalorisierung des Mietzinses.

Rufe bei den Christlichsozialen: Die haben auch Ihre Parteigenossen in Preussen gemacht!

G.R. Siegel: Sie haben als Beispiel angeführt, dass der preussische Siedler Bankkredit zu sechs Prozent bekommt und Sie behaupten, dass dort keine Steuern zu zahlen sind wie bei uns. Aber die Belastung der Bevölkerung drückt sich eben in einer unerhörten Erhöhung des Mietzinses aus. Gerade durch die Gestaltung des Mietzinses in Deutschland ist die Zahl der Pslogierungen in Gross-Berlin ungeheuer angewachsen. Hinter dem schönen Gemälde das Herr Kunschak hier entworfen, lauert aber noch ein anderer Gedanke, nämlich dass die Höhe des Mietzinses in dem vom Mieterschutz befreiten Neubauten auf die Mietzins in den alten Wohnungen übergreift, kurz dass die Aufhebung des Mieterschutzes auf diesem Wege versucht werden soll. Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. Widerspruch bei den Christlichsozialen. Sie probieren das um jetzt vor den Wahlen das Versprechen einzulösen, das Seipel bei der letzten Nationalratswahl den Hausherrn gegeben hat.

